

Dachau – Stadt der Vertriebenen und Flüchtlinge

Zur Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen in Stadt und Landkreis Dachau

Von Dr. Angelika Fox M. A.

Die Bevölkerung Bayerns veränderte ihr Gesicht in den letzten 200 Jahren zweimal grundlegend. Das erste Mal als zu Beginn des 19. Jahrhunderts mit dem Zugewinn Frankens, Schwabens sowie der Pfalz die Einwohnerzahl des »Neuen Bayern« um fast 50 Prozent anstieg. Ein zweites Mal in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg, als rund 1,9 Millionen Flüchtlinge und Vertriebene – rund 20 Prozent der damaligen bayerischen Bevölkerung – integriert werden mussten. Im 19. Jahrhundert kamen die Menschen zusammen mit ihren Territorien an Bayern; die neuen Gebiete hatten eine ähnliche Struktur und Geschichte. Nach dem Zweiten Weltkrieg jedoch stammte der größte Teil der Aufgenommenen aus nicht von Deutschen regierten Staaten aus Mittelost- und Osteuropa. Sie – nach Flucht und Vertreibung der Heimat und damit des kulturellen und gesellschaftlichen Umfeldes sowie ihrer Existenzgrundlage beraubt – kamen in ein zerstörtes, besetztes Land, das mit eigenen, kaum lösbar scheinenden Problemen belastet war. Sowohl nach 1806 als auch nach 1945 musste Bayern weitgehend neu gestaltet werden – und beide Male haben die neuen Einwohner maßgeblichen Einfluss daran gehabt.

Vertreibungen im 20. Jahrhundert

Das Thema von Flucht, Vertreibung und Integration ist Teil der zwangsweisen Migrationen, die das gesamte 20. Jahrhundert kennzeichnen, das aber in den letzten Jahren aktueller denn je geworden ist.¹ Die Vertreibung der Deutschen aus Mittel- sowie Osteuropa nach 1945 war der Schlusspunkt mehrerer Entwicklungen und Ereignisse. Zu den langfristigen gehört die Entstehung eines immer radikaler werdenden Nationalismus, der seine Wurzeln im 19. Jahrhundert hatte, für einen Staat nur noch eine Sprachnation zuließ und damit die bestehende Symbiose der Völker auflöste (»ethnische Säuberung«). Von bestimmendem Einfluss waren die Zwangsvertreibungen, die das NS-Regime und die Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg vornahmen; sie öffneten völkerrechtswidrigen Unternehmungen Tor und Tür. Auf den Kriegs- und Nachkriegskonferenzen wurden die geplanten Vertreibungen ohne viel Widerstand von den Alliierten sanktioniert. Obwohl das Potsdamer Abkommen vom August 1945 nur Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn die Ausweisung der Deutschen genehmigte, wurde sie unter dem Schutzschild der Sowjetunion weit über diese drei Staaten hinaus praktiziert. So waren auch die Bewohner der deutschen Ostgebiete, Deutsche in Jugoslawien und einem Teil der Sowjetunion betroffen: Über 12 Millionen Deutsche wurden in kurzer Zeit ihres Besitzes beraubt und in Marschkolonnen, Trecks oder Eisenbahnwaggons in das geteilte und verkleinerte Deutschland abgeschoben. Von einer »geordneten und humanen Weise« der Ausweisung kann kaum die Rede sein. Die unmenschliche Behandlung der deutschen Bevölkerung wurde durch Artikel XIII des Potsdamer Abkommens lediglich kaschiert. Die Übergänge von »freiwilliger« Flucht meist vor der Roten Armee, wilden Vertreibungen durch Partisanen und offiziell sanktionierten Ausweisungen in Eisenbahntransporten waren fließend, so dass es sich eingebürgert hat, stets von »Flüchtlingen und Vertriebenen« zu sprechen. Eine präzise Trennung zwischen den bei-

den Termini erfolgte erst mit dem Bundesvertriebenengesetz.²

Kriegsende 1945 und erste Flüchtlinge

Als am 8. Mai 1945 die Kapitulationsurkunde in Kraft trat, war der Krieg für die Stadt und den Landkreis Dachau bereits über eine Woche zu Ende. Am 29. April 1945 besetzte die 45. Infanterie-Division der 7. US-Armee unter Colonel Felix Sparks das Dachauer Rathaus. Am gleichen Tag wurden die Häftlinge des Konzentrationslagers befreit.³ Die Einnahme verlief relativ reibungslos, sieht man von den Brückensprengungen ab. Die ersten Tage in Stadt und Landkreis gestalteten sich allerdings »chaotisch«. Die Dachauer Bevölkerung vermied es tagelang, ohne Not ihre Wohnungen zu verlassen. Die Lage geriet kurzzeitig außer Kontrolle, wie der nach Dachau abkommandierte Captain Malcolm A. Vendig im Rückblick zugestehen musste.⁴ Die amerikanische Besatzungsmacht erlaubte vielleicht auch deshalb relativ früh die Wiederaufnahme der Verwaltungstätigkeiten: Am 30. April 1945 wurde Dr. Josef G. Linmaier zum Ersten Bürgermeister ernannt, die Einsetzung des ersten Nachkriegsstadtrats mit 18 Stadträten erfolgte am 21. Juli. Am 7. Mai 1945 war Heinrich Kneuer als Landrat eingesetzt worden.

Mit der Befreiung der Konzentrationslager sahen die alliierten Soldaten zum ersten Mal mit eigenen Augen das ganze Ausmaß der Nazi-Gräueltaten. Dachau wurde seitdem zum Inbegriff nationalsozialistischer Menschenverachtung. Deshalb trat im Landkreis Dachau mehr als in den anderen bayerischen Kreisen das zu erwartende Flüchtlingsproblem in den Hintergrund.⁵ Darüber hinaus waren sich weder die im Aufbau begriffene bayerische Staatsregierung noch die einheimische Bevölkerung der Dimension der bevorstehenden Aufgaben von Aufnahme und Verpflegung der Heimatlosen bewusst. Schon während des Krieges befanden sich Hunderttausende Evakuierter fern ihrer Heimat. Hinzu kamen seit Ende 1944 die Flüchtlinge, die aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten in das vom Krieg zerstörte »Rumpfdeutschland« strömten. Im Oktober 1945 waren seit Herbst 1939 1,402 Millionen Evakuierte, Flüchtlinge und Vertriebene nach Bayern zugezogen: Davon stammten rund 973 000 aus Gebieten des ehemaligen Deutschen Reichs (ohne Bayern), fast 120 000 aus dem Ausland und etwa 325 000 waren Ausländer.⁶ Mehrere Wanderungsbewegungen hatten die Bevölkerungszunahme verursacht: Teile der vom Luftkrieg bedrohten Bevölkerung waren aus den Städten und Großstädten in ländliche Gegenden geflohen, ausländische Zivilisten zu Arbeiten in die Dienste der deutschen Wirtschaft verpflichtet worden, und schließlich hatte die Flucht der ostdeutschen Bevölkerung vor der Roten Armee schon im Laufe des Jahres 1944 eingesetzt. In Landkreis und Stadt Dachau kamen zu den Evakuierten und Flüchtlingen die ehemaligen KZ-Häftlinge sowie überdurchschnittlich viele Mitglieder der Besatzungsmacht, die Unterkünfte in der Stadt beanspruchten. Bis August 1945 waren 441 Gebäude von amerikanischen Truppen requiriert, teils mit, teils ohne rechtliche Grundlage.⁷ Hinzu kam eine größere Zahl an Displaced Persons (DPs), die vor allem in Lagern in München-Ludwigsfeld, Wagenried in der damaligen Gemeinde Langenpettenbach (Polen bis September

1946) und Markt Indersdorf lebten. Schließlich belastete das in Dachau-Rothschwaige eingerichtete Durchgangslager (kurz: Dulag) für DP's den städtischen Haushalt.⁸ Das Lager wurde, obwohl es auf Dachauer Grund lag, nach dem nahen Rothschwaige benannt. Der Ort gehörte zur erst 1939 entstandenen Gemeinde Karlsfeld. Den Zustand im Dulag beklagte Landrat Kneuer in seinem Bericht vom Februar 1946: »Im Durchgangslager Dachau-Rothschwaige befinden sich, (...), jetzt überwiegend Ungarn und Rumänen; letztere sind ausserordentlich unzufrieden und benützen jede Gelegenheit, um Schwierigkeiten zu bereiten.«⁹ Im Sommer 1945 waren Wohnungsnot und Kriminalitätsrate¹⁰ so hoch, dass der Stadtrat beantragte, die anwesenden serbischen, volksdeutschen Flüchtlinge »angesichts ihrer landwirtschaftlichen Berufsrichtung [umgehend] auf die Gemeinden im Landkreis«¹¹ zu verteilen. Kurz darauf findet sich im Amtsblatt für die Stadt und den Landkreis Dachau unter der Überschrift »Dachauer rücken näher zusammen«¹² der entsprechende Hinweis an die Bevölkerung, dass sich die Wohnungsnot verschlimmern und weiter Wohnungen der Beschlagnahmung anheim fallen würden.

Aufbau einer Flüchtlingsverwaltung

Die von der Militärregierung eingesetzte bayerische Staatsregierung unterschätzte noch im Sommer 1945 die Dimension des Flüchtlingsproblems und beauftragte lediglich das Rote Kreuz mit der verwaltungstechnischen Seite. Die Amerikaner gedachten, sich so wenig wie möglich mit der Lösung des Problems zu befassen und dies stattdessen einer noch nicht funktionierenden bayerischen Verwaltung zu überantworten, machten allerdings die entscheidende Auflage, die Flüchtlinge ohne Verzug einzugliedern und zu assimilieren, um unter keinen Umständen ein Minderheitenproblem zu verursachen. Auch hier galt der Ausspruch von General Lucius D. Clay (1897–1978): »It's only a german matter.«¹³ Trotzdem forderte die Besatzungsmacht relativ früh eine umgehende »Ernennung eines Bevollmächtigten (...), der die Fragen ihrer [der Flüchtlinge, Anm. der Verf.] Unterbringung, Verpflegung und Weiterleitung behandelt.«¹⁴ Dessen ungeachtet nahm die eingesetzte bayerische Regierung unter dem ersten Nachkriegsministerpräsidenten Fritz Schäffer (Mai 1945 bis September 1945) eine zentrale Steuerung des Flüchtlingsproblems nicht nachdrücklich genug in Angriff. Erst im November 1945 richtete die Staatsregierung eine Flüchtlingsverwaltung ein und war damit trotzdem weitsichtiger als alle übrigen Länder der westlichen Besatzungszonen, die erst nach und nach ebenfalls eine Sonderverwaltung für die Flüchtlingsfrage schufen. Der »Sonderbeauftragte für das Flüchtlingswesen«, im Januar 1946 umbenannt in »Staatssekretär für das Flüchtlingswesen«, war zunächst verantwortlich für die Versorgung und provisorische Unterbringung der Vertriebenen sowie erste Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. In den 1950er Jahren kümmerte man sich dann um die langfristige wirtschaftliche Eingliederung sowie eine akzeptable Unterbringung und damit für die von den Amerikanern geforderte Integration.¹⁵ Bei der bis auf die unterste Ebene (Flüchtlingsämter in den Landkreisen) hierarchisch gegliederten Flüchtlingsverwaltung handelte es sich um eine Sonderverwaltung außerhalb der gewachsenen Behördenstruktur. Dies bedeutete zwar Unabhängigkeit gegenüber anderen Institutionen, brachte aber Differenzen bei der Zusammenarbeit mit anderen Behörden und später vor allem mit den Ministerien mit sich. Dem Sonderbeauftragten unterstellt waren fünf Regierungskommissare, sechs Grenzkommissare (für die Grenzdurchgangslager

und 166 Flüchtlingskommissare auf Stadt- bzw. Landkreisebene. Letztere unterstanden nicht dem Landrat, was zu Kontroversen führte: Landrat Kneuer kritisierte Anfang 1946 diese Regelung als »unnatürlich und unzweckmässig«,¹⁶ ohne jedoch eine Änderung zu erreichen. Wiederholte personelle Umbesetzungen auf allen Ebenen hemmten zudem die Arbeitsaufnahme, obwohl man vor Beginn der organisierten Ausweisungstransporte im Februar 1946 mit etwa zwei Millionen Flüchtlingen allein aus der Tschechoslowakei rechnete.¹⁷ Erst ab Ende Januar 1946 kann man von einer systematisch arbeitenden Flüchtlingsverwaltung sprechen. Am 31. Januar 1946 nahm der aus Ostpreußen stammende Wolfgang Jaenicke seine Arbeit als »Staatssekretär für das Flüchtlingswesen« auf.

Flüchtlingskommissar für Dachau

Im Brennpunkt von Aufnahme, Unterbringung und Integration standen fraglos die Flüchtlingskommissare, an ihrer Person verzweifelten sowohl Einheimische als auch Neubürger. Zahlreiche Beschwerden von beiden Seiten haben sich erhalten. Für den Landkreis Dachau ist die Ernennung eines Flüchtlingskommissars Mitte Dezember 1945 nachweisbar. Sein Amtsraum befand sich im Landratsamt, Zimmer 1, mit Parteiverkehr lediglich an drei Vormittagen.¹⁸ Dabei wird es sich um A. Schwarzmeier gehandelt haben, der bereits am 1. Juni 1946 sein Amt niederlegte und Umquartierungsbeauftragter der Stadt München wurde. Schwarzmeier übernahm auch die Aufgaben des Wohnungskommissars. Flüchtlingsamt und Kreiswohnungsamt wurden erst im Laufe des Jahres 1955 als zwei getrennte Behörden geführt. Wer Nachfolger Schwarzmeiers wurde, ist nicht mehr eindeutig festzustellen, im ersten Halbjahr 1949 leitete ein gewisser Fischer das Flüchtlingsamt. Für April 1951 ist ein erneuter Wechsel nachweisbar: Helmuth Lange stand dem Kreisflüchtlingsamt bis zu seiner Versetzung im Juni 1955 vor. Zuvor hatte ein gewisser Danzer das Amt nach dem Tod von Martin Reichelt kommissarisch geführt.¹⁹ Als letzter Flüchtlingsamtsleiter lässt sich ein Herr Lang in den Akten ausfindig machen. Unterstützt wurde der Dachauer Flüchtlingskommissar seit Anfang 1946 von einem landkreisweit agierenden Flüchtlingsausschuss, bestehend aus sechs Mitgliedern.²⁰ Schließlich standen ihm bis zu zwölf so genannte Flüchtlingsobmänner zur Seite, die als vom Staat ernannte und bezahlte Verbindungspersonen zwischen Flüchtlingskommissar und Gemeinden fungierten. Außerdem unterstützten ihn ehrenamtliche und von den Neubürgern der Gemeinden gewählte »Flüchtlingsvertrauensleute«, die quasi als »Ohr der Vertriebenen« den offiziellen Stellen zur Hand gehen sollten.

Flüchtlinge in Bayern

Trotz des Aufbaus der behördlichen Strukturen waren weder das Land Bayern und noch weniger die einzelnen Landkreise auf das massenhafte Einströmen entwurzelter Menschen eingerichtet. Bis 1950 mussten rund 1,9 Millionen Vertriebene allein in Bayern eingegliedert werden: 55 Prozent waren Sudeten- und Karpatendeutsche, 24,7 Prozent Schlesier, 4,6 Prozent Ostpreußen und 3,5 Prozent Jugoslawiendeutsche. Die Heimatlosen kamen, vorher nicht selten gut situierte Bürger, als abgerissene Bettler in ein Land, das schwere Kriegsschäden aufwies und mit Evakuierten, DP's und Besatzungsangehörigen an der Grenze der Aufnahmemöglichkeit angelangt schien und deshalb die Neuankömmlinge keineswegs freudig begrüßte.

In Dachau war man schon vor dem Eintreffen der großen

Vertriebenenwelle am Ende seiner Kapazitäten angekommen. Im Landkreis befanden sich im Januar 1946 9428 Flüchtlinge und Vertriebene sowie darüber hinaus das Polenlager in Wagenried mit über 400 Insassen und das Durchgangslager mit 763 Personen.²¹ Nun war auch eindeutig klar, dass »die Haupt Sorge (...) die Unterbringung der Flüchtlinge bleiben«²² würde.

Flüchtlinge im Landkreis

Anfang April 1946 zählte man im Kreis 45 400 Einwohner, davon waren 7665 Ortsfremde: 1398 Evakuierte aus Bayern, 1444 Evakuierte aus anderen Zonen sowie 4823 Flüchtlinge.²³ Im Oktober fand die erste Nachkriegsvolkszählung statt: Während sich die Stadtbevölkerung nach dem unverhältnismäßig hohen Zuwachs in der unmittelbaren Nachkriegszeit – trotz 6832 Vertriebenen – bei etwa 18 000 (18 158)²⁴ eingependelt hatte, war die Landkreisbevölkerung von 40 797 auf 52 842 hochgeschwungen: 1740 waren Evakuierte aus Bayern, 1415 Evakuierte aus den vier Besatzungszonen sowie Berlin, 2647 Flüchtlinge aus den Gebieten östlich von Oder und Neiße sowie 8013 Vertriebene aus dem Ausland. Hinzu kamen noch 2126 Ausländer.²⁵ Innerhalb der nächsten Monate wuchs die Landkreisbevölkerung auf 58 233, so dass die Statistik für Oktober 1948 eine Bevölkerungszunahme gegenüber 1939 um 43 Prozent festhielt.²⁶ Bis 1950 stieg die Einwohnerzahl dann langsamer; jetzt hatte die Stadt die höheren Zuwachsraten zu verzeichnen: Dort zählte man im September 1950 23 552 Einwohner, im Landkreis 60 483. Der Anteil der Vertriebenen lag in der Stadt bei 29,1 Prozent und im Kreis bei 31,0 Prozent und damit in beiden Fällen unverhältnismäßig hoch. Bayernweit belief sich der Durchschnitt auf rund 20 Prozent.

Die Wohnraumfrage: Flüchtlingslager im Landkreis

Aufgrund der angespannten Wohnungssituation wurden die Ausgewiesenen nicht selten in die skurrilsten Unterkünfte eingewiesen: Turnhallen, Tanzsäle, Schlösser, Kasernen,

Arbeitslager, ja sogar wie in Dachau in das einstige Konzentrationslager. Schnell aufgebaute Flüchtlingslager – in Bayern im Oktober 1946 insgesamt 1381 – sollten eine Übergangslösung sein, wurden aber zu einem Dauerzustand für mehrere Jahre. Barackenleben auf engstem Raum mit allen Problemen von der Hygiene bis zur Kriminalität wurden ein häufiges Flüchtlingsgeschick. Zunächst stand jedoch die Erstaufnahme im Vordergrund. Im Landkreis Dachau und im angrenzenden Kreis München wurden dafür zwei der größten Regierungsdurchgangslager Bayerns eingerichtet. Die Baracken der ehemaligen KZ-Außenlager mit ihren rudimentären sanitären Anlagen und der vorhandenen Infrastruktur boten dafür Raum und Unterkunft. So entstanden im Januar 1946 in Erwartung der Massenausweisungen aus dem Sudetenland in München-Allach ein Durchgangslager mit einer Aufnahmekapazität von 1500 Personen und in Dachau-Rothschwaige ab April 1946 eines für 1600 Personen.²⁷

Die Zahl der Vertriebenen nahm infolge der Ausweisungs-transporte derart zu, dass man neben dem Regierungsdurchgangslager weitere größere Flüchtlingslager im Landkreis einrichten musste. Aber erst am 5. November 1946 – verhältnismäßig spät – erging für die Stadt Dachau eine Zuteilungssperre für weitere Flüchtlinge.²⁸ Um 1950 bestanden allein im Stadtgebiet zwölf Notunterkünfte für rund 500 Neubürger:²⁹ in der Brucker Straße (108 Bewohner), der Felix-Bürgers-Straße (19), der Münchner Straße (66), der Lindenstraße (46), der Roßwachtstraße (27), der Würmstraße (Mühle) (45), am Marienplatz (65, heute J.-F.-Kennedy-Platz) und der Frühlingstraße (20) sowie am Heideweg (10) und in den Ortsteilen Etzenhausen (43) und Webling (48). Hinzu kamen Massenlager in Ampermoching und Feldgeding (beide finden nur bis 1949 in der Statistik Erwähnung) sowie das Flüchtlingslager in Wagenried (bis mindestens 1955). Schließlich existierten noch die als Wohnlager geführten Unterkünfte in Hebertshausen (aufgelöst Ende 1953) und in Schwabhausen. Im Mai 1954 meldete das Wohnungsamt 145 Familien mit 462 Personen, die in Baracken untergebracht



Flüchtlingsbaracke in der Bruckerstraße

Foto: Stadtarchiv Dachau

waren. Drei Jahre später existierten laut Statistik im Landkreis keine Notunterkünfte oder Massenlager mehr.³⁰

Regierungsdurchgangslager Dachau-Rothschwaige

Im Dezember 1945 wurden dem Staatskommissariat für das Flüchtlingswesen die während des Krieges bei der alten ehemaligen Pappenfabrik Schuster in Augustenfeld für »Fremdarbeiter« erbauten Baracken als Regierungsdurchgangslager für Vertriebene aus der Tschechoslowakei zur Verfügung gestellt.³¹ Die nach Kriegsende als Ausländerlager genutzten Baracken waren freilich erst im April 1946 frei. Bald nach Aufnahme der ersten geschlossenen Transporte aus der CSR verschlechterte sich die Situation in und ums Lager ins Unerträgliche. Der Landrat schrieb in seinem Bericht vom Mai 1946: »Es kommen durchschnittlich 1205–1208 Flüchtlinge an, die nach 10 bis 12 Stunden wieder weiter transportiert werden. (...) Ausserdem kommen täglich 50 bis 60 Einzelflüchtlinge ins Lager. Augenblicklich befinden sich im Lager 1375 Flüchtlinge. – Die Entladung der Flüchtlingszüge auf dem Bahnhof hat zu den grössten Mißständen geführt. Ich habe deshalb im Benehmen mit der Militärregierung, dem Flüchtlingskommissar und Durchgangslager bestimmt, dass die Ausladung nunmehr etwa 3 km nördlich von Dachau auf einem Nebengleise der Reichsbahn in der Nähe des früheren KZ-Lagers erfolgt und dass von dort aus der Transport der Flüchtlinge zum Durchgangslager mit 8 Lastautos auf der Lagerstrasse erfolgt, so dass Dachau selbst nicht berührt wird. Dadurch werden die Stockungen im Bahnhof und die Verunreinigung des ganzen Bahnhofgeländes vermieden, ausserdem ist es auch stimmungspolitisch nicht günstig, wenn die Bevölkerung täglich dieses Flüchtlingselend vor Augen geführt bekommt.«³²

Im Jahr 1946 war die Dauerbelegung des Lagers verhältnismäßig gering. Allein von Mitte April bis Mitte Mai 1946 kamen allerdings 16 Transporte mit über 18 000 Ausgewiesenen in das Dachauer Dulag. Wiederholt mussten innerhalb von einer Woche mehrere Transporte mit durchschnittlich 1200 Personen registriert und im Landkreis untergebracht

bzw. auf andere Landkreise der amerikanischen Besatzungszone verteilt werden.³³ Im Oktober 1946 zählte man gar 15 000 Ausgewiesene, die erfasst, registriert, medizinisch sowie mit Essen und Kleidung versorgt werden mussten.³⁴ Die Zahl der eintreffenden Vertriebenen sank spürbar erst im letzten Monat des Jahres 1946. Um die Aufgaben bewältigen zu können, verfügte das Durchgangslager zeitweise über bis zu 120 Personen Stammpersonal, darunter einen Lagerleiter als direkten Ansprechpartner für die Flüchtlingsverwaltung. Schon bald entwickelte sich das eigentlich als kurzfristige Anlaufstelle konzipierte Lager zu einer Dauerunterkunft für die Vertriebenen: »Das Regierungsdurchgangslager war nur für die Durchschleusung von einlaufenden Flüchtlingstransporten vorgesehen und sollte die Flüchtlinge nur ein paar Tage in seinen Mauern beherbergen. Wohnraumknappheit einerseits und Verkehrs- und Transportschwierigkeiten andererseits haben dieses Lager allmählich in ein Dauerlager verwandelt. Es befinden sich dort zur Zeit Flüchtlinge, die seit Mai vorigen Jahres auf einen Weitertransport warten.«³⁵ Obwohl das Lager Sonderzuteilungen erhielt, blieb der Mangel an Kleidung, Schuhwerk und Hygiene. Deshalb verschlechterten sich im Juli 1947 Stimmung, Versorgung und Zustand der Unterkünfte im Lager bedenklich: »Die Dächer fast aller Baracken sind schadhaft, sodass es verschiedentlich stark herein regnet. (...) Da für den kommenden Winter wahrscheinlich mit einer starken Belegung des Lagers zu rechnen ist, möchte ich auf die Vordringlichkeit dieser Instandsetzungsarbeiten ganz besonders hinweisen.«³⁶ Um die Situation im Lager durch eine geringere Belegungstärke zu entschärfen, mussten Stadt und Landkreis Dachau immer wieder ehemalige Lagerbewohner trotz des angespannten Wohnungs- und Arbeitsmarkts eingliedern. Nach der Währungsreform im Juni 1948 und den damit verbundenen Verschlechterungen für die Vertriebenen machten sich Wut, Angst und Verbitterung vor allem bei den desillusionierten Lagerbewohnern breit. Im Regierungsdurchgangslager entlud sich die schwelende Krise zu einer offenen Revolte.³⁷



Flüchtlingsbaracke mit Gewerbe am J.-F.-Kennedy-Platz, früher Marienplatz
Foto: Stadtarchiv Dachau

Im September 1948 rief der aus Brünn stammende, im Dulag registrierte und wohl kommunistisch orientierte Egon Herrmann³⁸ zu einem Hungerstreik auf. Im Umkreis des Lagers machte sich der Streik freilich nur dadurch bemerkbar, dass einige Lagerinsassen versuchten, sich in der Umgebung Lebensmittel zu erbetteln.³⁹ Die nationale und internationale Aufmerksamkeit war dem Wortführer Herrmann und seinen Mitstreitern dagegen gewiss. Begonnen hatte alles mit einer Protestversammlung am 18. August 1948. Unter Androhung eines Hungerstreiks forderten die Versammelten die Entlassung des Lagerleiters, die Erhöhung der Lebensmittelrationen, bauliche Verbesserungen und die Verringerung der Belegungsstärke.⁴⁰ Die Versammlung bildete darüber hinaus einen Lagerausschuss unter der Bezeichnung »Kontrollausschuss«, dem Herrmann vorstand. Obwohl das Staatskommissariat Besserung versprach, gab sich Herrmann damit nicht zufrieden. Er forderte von der bayerischen Staatsregierung bzw. der bayerischen Flüchtlingsverwaltung immer weitere Zugeständnisse. Herrmann gelang es, mit seinen demagogischen Äußerungen, die ohnehin schlechte, manchmal sogar verzweifelte Lage der Lagerinsassen für seine Zwecke zu nutzen. Anfang September 1948 ging folgendes Telegramm in München ein:⁴¹

VOLLVERSAMMLUNG DES REG DULAG
DACHAU FASSTE AM 3. 9. 1948 FOLGENDEN
BESCHLUSS: UNBEFRISTET HUNGERSTREIK
AB SOFORT MIT ZIELSETZUNG DER AMTS-
ENTHEBUNG VON STAATSEKRETAER
JAENICKE, REGIERUNGSBEAUFTRAGTEN FUER
DAS FLÜCHTLINGSWESEN IN OBERBAYERN
DR GERNBECK, AUSSENKOMMISSAR BEIM
REGIERUNGSBEAUFTRAGTEN SIERIG SOWIE
ERFUELLUNG DER IN RESOLUTION VOM
23. 8. 1948 GEFORDERTEN MASSNAHMEN
KONTROLLAUSSCHUSS REG DULAG DACHAU

Durch diese direkte Attacke auf Mitglieder der bayerischen Staatsregierung erwuchs aus der schlagzeilenträchtigen Lagerrevolte ein Politikum ersten Ranges. Statt aber nun mit der Regierung zu verhandeln, schlug Herrmann eine immer provozierendere Gangart an. Er forderte zusätzlichen Wohnraum und einen Lastenausgleich bis hin zu Flüchtlingsrenten, aber auch die Gleichstellung. Offen rief er sogar zu Gewalt auf und auch der persönliche Besuch des Staatskommissars Jaenicke im Lager konnte Herrmann nicht bremsen. Dabei hatten sich die meisten Dachauer Lagerflüchtlinge bereits von ihrem selbsternannten Anführer aufgrund seiner Methoden distanziert: »Herr P., Lager Dachau, Baracke 25 c, teilt mit, daß die Verhältnisse im Lager Dachau durch den Terror Herrmanns sich derartig zugespitzt haben, dass von anständigen Elementen keiner mehr wagt, ein Wort gegen Herrmann zu reden.«⁴² Am 27. November 1948 überspannte Herrmann den Bogen. Ein vierköpfiges Komitee des Staatskommissariats wurde unter Gewaltanwendung am Verlassen des Lagers gehindert. Herrmann selbst forderte zur Lynchjustiz auf. Die herbeigerufene Polizei musste den Tumult beenden und die Kommission aus dem Lager eskortieren. Herrmann wurde am nächsten Tag verhaftet und wegen Beleidigung, übler Nachrede und Landfriedensbruch angeklagt. Das Oberlandesgericht München verurteilte den Anführer der Dachauer Lagerrevolte am 15. Juni 1949 zu einem Jahr Gefängnis.⁴³ Eine Revision hatte keinen Erfolg. Wenig später tauchte Herrmann im Wohnlager

Dachau-Ost wieder auf, ohne jedoch eine Zuzugsgenehmigung vorweisen zu können.

Ganz erfolglos waren die »Auftritte Herrmanns« nicht gewesen – ganz im Gegenteil. Er hatte Zugeständnisse der Regierung durchgesetzt, die so nicht zu erwarten gewesen waren. Um die Situation der 1300 Insassen im Regierungsdurchgangslager Dachau zu erleichtern, wurde die Einrichtung eines Wohnlagers auf dem ehemaligen KZ-Gelände in allernächster Zukunft in Aussicht gestellt. Die Umsiedlung der Dulag-Bewohner erfolgte bereits ab Ende 1948.⁴⁴ Allerdings füllten sich die frei gewordenen Unterkünfte im Dulag alsbald mit DPs aus 16 europäischen Ländern, die nach der Auflösung des IRO-Lagers in der Münchner Luitpoldkaserne eine neue Heimstatt suchten. Deshalb blieb – so der Dachauer Landrat – das Durchgangslager bis zu seiner endgültigen Auflösung »ein Herd der Unruhe für das unmittelbare Umfeld und damit auch für die Stadt Dachau«.⁴⁵ Die Zustände im Dulag führten so weit, dass sich die zurückgebliebenen deutschen Vertriebenen bedroht fühlten und die Polizeipräsenz in Stadt und Kreis erhöht werden musste.

Bundeslager für Auswanderer

Im November 1950 erhoffte sich die Stadt Besserung – gleichwohl nur kurzfristig. Im Zuge der Auswanderungsmöglichkeiten für Volksdeutsche in die USA sollte das dafür notwendige Bundesauswanderungslager dem Regierungsdurchgangslager Dachau angegliedert werden. 100 Vertriebene und 200 Ausländer, die keinen Nachweis einer regelmäßigen Beschäftigung vorlegen konnten, wurden in andere Lager verlegt, die Ausländer in das Valkalager in Nürnberg. Auf diese Weise stand innerhalb kürzester Zeit das sog. »Kleine Lager« oder »Polenlager« als Unterkunft für etwa 500 Volksdeutsche zur Verfügung: Insgesamt sollten in dem einzigen Bundeslager für Auswanderer rund 54 000 Personen durchgeschleust werden. Anfang Dezember 1950 hätte der Bund das Auswandererlager im Durchgangslager in Betrieb nehmen können, wären nicht ungeklärte Eigentumsansprüche und Bedenken aufgrund des nahe gelegenen Wasserschutzgebietes aufgetreten. Deshalb rückte das Bundesinnenministerium Anfang 1951 von seinen ursprünglichen Plänen ab und installierte das Auswanderer-Durchgangslager im einstigen STEG-Lager in München-Ludwigsfeld.⁴⁶

Die geräumten Baracken im Durchgangslager standen nun leer. Daraufhin nutzte sie die Bayerische Regierung als Ausweichlager für ehemalige DPs.⁴⁷ Damit war die Hoffnung der Stadt auf ruhigere Zeiten schnell vorbei, hatte der Landrat doch im Februar 1951 verlautbaren lassen: »Das Durchgangslager Dachau ist seitdem die Ausländer abtransportiert wurden wie eine Insel des Friedens. Die deutschen Insassen des Lagers fühlen sich nun sicher, ebenso die Bevölkerung der Stadt Dachau hat erleichtert aufgeatmet, als die Ausländer wegkamen.«⁴⁸ Im ehemaligen Regierungsdurchgangslager Dachau-Rothschwaige hausten auch im Frühling 1953 noch fast 800 Personen, deren Zahl sich nur langsam reduzierte. Zum 1. April 1954 übernahm das Flüchtlingsamt Dachau die Organisation und Betreuung des Lagers.⁴⁹ Bis zu seiner Auflösung Anfang der 1960er Jahre hatten schätzungsweise etwa 86 500 Personen das Dulag Dachau-Rothschwaige durchlaufen.⁵⁰

Das Wohnlager Dachau-Ost

Bei einem angespannten »Wohnungsmarkt« wie in Dachau fiel es Männern wie Egon Herrmann leicht, die Flüchtlinge zur Rebellion zu treiben. Immerhin erreichte er für die Dachauer Vertriebenen Vergünstigungen, die für Bayern ein-

zigartig waren, u. a. die Einrichtung des Wohnlagers Dachau-Ost, anfangs Dachau-Augustenberg oder Dachau-Neustadt genannt. Im Januar 1949 legte man sich auf die willkürlich gewählte Bezeichnung Dachau-Ost fest,⁵¹ die erst mit der Auflösung des Lagers und dem Wegzug der letzten Bewohner zunächst keine Verwendung mehr fand, die Zeit aber als Stadtteilbezeichnung überdauert hat.

Auf dieses Wohnlager setzten 1948 sowohl Flüchtlinge als auch Stadtverwaltung große Hoffnungen.⁵² Mit der Räumung des amerikanischen Schutzhaftlagers übernahm die Flüchtlingsverwaltung im September 1948 Teile des ehemaligen Konzentrationslagers und richtete dort ein Wohnlager ein, um das Regierungsdurchgangslager zu entlasten. Über 30 ehemalige KZ-Baracken wurden umfassend saniert, das heißt die Holz- in Steinbaracken umgebaut. Im Dezember 1948 konnten die ersten 400 Vertriebenen einziehen. Für die Flüchtlinge, die aus dem Dulag kamen, erschien das Wohnlager wie ein Paradies, denn endlich gab es für sie wieder so etwas wie eine Privatsphäre: »Die einzelnen Wohnungen sind unterteilt in A-Räume (zwei Zimmer für vier Personen), B-Räume (zwei kleinere Zimmer für drei Personen) und C-Räume (ein Raum für zwei Personen)(...). Zwei Bügelzimmer, zwei Waschräume und Abortanlagen ergänzen die Barackeneinrichtung. Auch Abstellräume für jede Familie, sowie ein eigener großer Raum zum Wäschetrocknen sind vorgesehen.«⁵³ Außerdem entstanden innerhalb kurzer Zeit in der ehemaligen Baracke Nr. 30 seit Februar 1949 eine Schule, ein Kindergarten, eine Krankenhausbaracke, ein Sportplatz, eine Gasthausbaracke mit bis zu drei Gaststätten und im März 1949 eine katholische Kuratie mit einem Kapellenraum in der ehemaligen Baracke Nr. 29.⁵⁴ Das »Geschäftsviertel« umfasste anfangs ein Fleisch- und Wurstgeschäft, einen Trikotagenladen, einen Milchladen, zwei Friseure, ein Schreibwarengeschäft, zwei Kolonialwarenhandlungen, eine Leihbücherei sowie einen Tabak- und Zeitungsladen. Der »Dachauer Anzeiger« stellte deshalb Ende 1948 fest, »daß die Insassen um 30 Prozent besser lebten als die Neubürger im Landkreis«.⁵⁵ Die Geschichte des Ortes während der nationalsozialistischen Herrschaft war

zweitrangig. Stattdessen entwickelte sich nach und nach eine eigene Flüchtlingsiedlung mit fast städtischer Infrastruktur. Während die Bewohner froh waren, eine bessere Unterkunft und vielleicht damit auch positivere Zukunftsaussichten zu haben, wies die nationale und auch internationale Presse – je länger das Wohnlager bestand, umso öfter – auf den unhaltbaren Zustand hin. Beispielsweise titelte das »Süddeutsche Sonntagsblatt« Anfang 1959: »Im ersten Augenblick vermeint man, in eine saubere, frisch aufgebaute Mustersiedlung zu kommen: Hinter hohen Pappeln reihen sich hübsche rechteckige Wohnblocks, die mit ihren silbernen Heraklithwänden fast etwas idyllisch in der Spätwintersonne leuchten. Die Menschen sind freundlich, sehen gut genährt aus und die Kinder spielen wie in tausend anderen Dörfern in den Tümpeln der noch ungepflasterten Straßen. – Kommt man näher, sieht man aber die untrüglchen Zeichen der Zeit: Eingerissene Barackenwände und Ballen von Stacheldraht aus vergangenen Tagen, eine kleine Kirche hinter Drahtzäunen, und – als grausiges Menetekel – hinter dem Dorfrand, gleich bei der Schule, ragt der Turm des Krematoriums auf, in dem einst Tausende von schuldlosen Häftlingen verbrannt wurden.«⁵⁶ Zeitgleich mit dem Ausbau der Baracken im Herbst 1948 hatten sich schon zahlreiche kritische Stimmen zu Wort gemeldet. Der Lagerpfarrer P. Basil Neubauer OFM äußerte sich noch vor Beginn der Arbeiten zwar euphorisch, dass sich die »Tore des Lagers Dachau« endlich schließen würden, missbilligte jedoch die Verwendung als Flüchtlingslager: »Wie gesagt: wer Dachau kennt, muss sagen: der Ausbau der KZ Baracken stellt eine Tötgeburt dar.«⁵⁷ Auch der Dachauer Landrat warnte Anfang 1949 eindringlich davor, das Wohnlager als Allheilmittel aller Flüchtlingsprobleme anzusehen: »Es wird befürchtet, dass durch die Aufnahme sämtlicher Personen aus dem Regierungsdurchgangslager die neue Wohnsiedlung Dachau-Ost wiederum ein Ausgangspunkt asozialer Bestrebungen wird, da wie schon festgestellt wurde, ein grosser Teil der Leute gar nicht daran denkt, irgend eine Arbeit aufzunehmen. Es wäre daher von grosser Bedeutung, wenn man diese Elemente aus der Siedlung ausschalten könnte, um sie mit anderen arbeitswilligen Personen aus dem Landkreis auszutauschen.«⁵⁸



Wohnraum im Regierungsdurchgangslager Dachau vor 1950

Foto: BayHStA, MArb. LaFlüVerw.

Die Bauarbeiten auf dem ehemaligen KZ-Gelände gingen zügig voran und waren im Februar 1949 abgeschlossen. Mit einem Kostenaufwand für die Sanierung von rund 1,4 Millionen DM – es gibt auch wesentlich höhere Zahlen, die bis zu 4 Millionen DM reichen – entstanden Unterkünfte für 2000 Flüchtlinge. Vergeblich hoffte man auch, im Wohnlager selbst Industriebetriebe anzusiedeln zu können. Das Wohnlager wurde zu einer beliebten Heimstatt und begehrenswerten Unterkunft für die Neubürger. Weit mehr Wohnungsgesuche gingen beim Flüchtlingsamt ein, als befriedigt werden konnten, so dass Anträge von Personen, die nicht im Landkreis Dachau lebten, grundsätzlich abgelehnt wurden. Vor allem Vertriebene, die auf dem Land, weitab von jeglicher Infrastruktur, Transport- und Arbeitsmöglichkeiten einquartiert worden waren, bemühten sich um eine Umsiedlung nach Dachau-Ost.⁵⁹

Probleme des Arbeitsmarktes

Um Arbeitsplätze im Wohnlager zu schaffen, plante man in dem von den Amerikanern freigegebenen Industriegebäude die Ansiedlung einer Maschinenfabrik, einer chemischen Fabrik und eines Holzverarbeitungsbetriebs sowie einer Wirkerei und Weberei mit bis zu 1000 Beschäftigten. Eine Stickerrei sollte 1000 Frauen die Möglichkeit zur Heimarbeit bieten. Alle Bewerber verloren aber bald ihr Interesse: Die einen, weil sie keine ausreichenden Kredite bekamen, die anderen, weil ihnen die zur Verfügung stehenden Arbeiter im Lager nicht zusagten. Bei einigen Bewerbern muss deshalb vermutet werden, dass sie auf unlautere Weise an Gelder aus den begehrten Flüchtlingsproduktivkrediten gelangen wollten, obwohl selbst der Kreisflüchtlingsbeauftragte Fischer die mangelhafte Auswahl an geeigneten Arbeitskräften im Lager beanstandete. Bis 1949 war der einzige vorübergehend produzierende Betrieb eine kleine Pudding- und Sahnepulverfabrik. Im Januar 1950 war die Situation fast unverändert. Die Nudelfabrik Zauner beschäftigte rund 30 Personen, die Lederfabrik Dr. Treusch 33 und die Textilfabrik Schuh rund 40 Mitarbeiter. Hinzu kam etwas später ein Trikotagenbetrieb, und die Caritas richtete für etwa 30 Jugendliche Lehrwerkstätten für die Berufe des Elektrikers, Schweißers, Drehers und Schlossers ein. Von Industriebetrieben konnte trotzdem kaum die Rede sein, zumal die Nudelfabrik als auch die Lederfabrik kurz vor dem Konkurs standen.⁶⁰ Ende 1949 saß Zauner wegen Urkundenfälschung ein, Treusch forderte weitere Kreditzusagen, und die Textilfabrik plante, nach München umzuziehen. Aber sowohl Treusch als auch Schuh blieben Dachau treu.⁶¹

Stadt und Wohnlager

Bald zeigte sich, dass das Wohnlager Dachau-Ost überstürzt geplant worden war. Mitte 1949 sank die anfangs vorhandene Aufbruchsstimmung. Von den versprochenen Industriebetrieben war wenig zu spüren: Die Stadt Dachau baute zwar endlich die Verbindungsstraße (Alte Römerstraße) zwischen der Stadt und dem Wohnlager aus, eine Eingemeindung lehnte sie aber strikt ab. Als Begründung führte der Stadtrat unter anderem die fehlenden Arbeitsplätze und die hohe Arbeitslosigkeit an. In der Ortschronik der Stadt ist zum 30. März 1949 zu lesen: »Nur 20% aller arbeitsfähigen Insassen stehen in geordnetem Verdienst. Allerdings darf nicht verschwiegen werden, daß einem Drittel der Nichtbeschäftigten der notwendige Arbeitswille fehlt, d.h. sie kümmern sich nicht sehr darum in Verdienst und somit in geordnete Verhältnisse zu kommen.«⁶² Dennoch erschien vielen Neubürgern aus dem Landkreis die Situation im Wohnlager noch immer am erstrebenswertesten. Die Zuwei-

sung von Wohnungen wurde deshalb jetzt erst recht von der Arbeitsfähigkeit der Antragsteller abhängig gemacht.

Belegung des Wohnlagers Dachau-Ost⁶³

	23. 11. 1949	10. 1. 1950
Belegung (Personen)	1930	1986
davon:		
Kinder	482	523
Jugendliche	25	64
Verdienende	580	455
Rentenempfänger	136	162
Frauen, die versorgt sind	292	297
Fürsorgeempfänger	415	15
Taschengeldempfänger		158
Arbeitslose		312

Die vom Staatskommissariat für das Flüchtlingswesen zum 1. Mai 1949 geforderte Übernahme des Lagers Dachau-Ost in die städtische Verwaltung und Betreuung lehnte der Stadtrat ab.⁶⁴ Er plädierte stattdessen für die Gründung einer eigenständigen Gemeinde Dachau-Ost. Aus Sicht des Innenministeriums hatte das Wohnlager seinen Charakter als Flüchtlingslager verloren und sich zu einer Siedlung entwickelt, die Bestandteil der Stadt war. Der Dachauer Stadtrat zeigte sich nur unter der Bedingung zu Verhandlungen bereit, wenn »durch Neuansiedlung von krisenfesten Industrieunternehmen im Lagergelände Dauerarbeitsplätze gewonnen werden«. Als dies nicht gelang, musste die Staatsregierung das Eingemeindungsprojekt fallen lassen. Stattdessen betreute die Flüchtlingsverwaltung bis in die 1950er Jahre hinein »lagermäßig« die Flüchtlinge in Dachau-Ost, obwohl in allen anderen Flüchtlingsiedlungen Bayerns die Gemeinschaftsverpflegung abgeschafft und Mieten eingeführt worden waren. Seit Mitte 1951 wurde Dachau-Ost rechtlich nicht mehr als Flüchtlingsiedlung, sondern als Wohnsiedlung bezeichnet und dem zuständigen Landratsamt Dachau unterstellt, drei Jahre später war dann die Oberfinanzdirektion für Dachau-Ost zuständig.⁶⁵ Im Juli 1957 lehnte die Stadt die Übernahme neuer Aufgaben des Wohnlagers Dachau-Ost betreffend erneut ab, da sie zusätzliche Kosten für den Haushalt befürchtete.⁶⁶ Die Problematik erledigte sich erst mit der Auflösung des Lagers im Zuge der Errichtung einer KZ-Gedenkstätte auf dem ehemaligen Lagergelände im Jahre 1965.

Vom Wohnlager zur Gedenkstätte

Seit 1957 profitierte das Wohnlager Dachau-Ost zwar vom bayerischen Lagerauflösungsprogramm, die Barackenunterkünfte, »welche wohl größeren Komfort vermissen lassen, dafür aber den Vorzug äußerst billiger Mieten haben«,⁶⁷ blieben aber trotzdem bei den Flüchtlingen äußerst beliebt: Viele Familien tauschten die ihnen zugewiesenen Neubauwohnungen gegen billigere Wohnräume im Wohnlager. Andere jedoch brachten Transparente an einem ehemaligen Wachturm an mit der Aufschrift: »Wir wollen raus aus den KZ-Baracken.«⁶⁸ Auf den wachsenden internationalen Druck hin konkretisierte sich im Sommer 1960 das Vorhaben einer KZ-Gedenkstätte. Mitte der 1960er Jahre war die Belegung der Wohnsiedlung von ehemals rund 2000 Personen auf einige Hundert gesunken, aber die endgültige Umsiedlung auch der letzten Bewohner musste wiederholt verschoben werden. Für das Wohnungsbauprogramm, das 1959 von Bund und Land als Sofortprogramm ins Leben gerufen worden war, gründete die Stadt Dachau am 24. Februar 1961 die »Gemeinnützige Wohnungs-

baugesellschaft mbH der Stadt Dachau«. ⁶⁹ Am 3. Juni dieses Jahres erfolgte der Spatenstich für die erste Baumaßnahme mit 30 Wohnungen an der Troppauer Straße im heutigen Stadtteil Dachau-Ost. Im Sommer 1964 sollte die vollständige Räumung des Wohnlagers Dachau-Ost abgeschlossen sein, Anfang 1965 war sie endgültig beendet: Alle alten Baracken sowie beide Kirchen mussten der Neugestaltung der Gedenkstätte weichen, zwei alte KZ-Baracken wurden rekonstruiert, an die übrigen erinnern Zementumfassungen. ⁷⁰

Wohnungsbaugenossenschaften

Die Erwartungen an das Wohnlager Dachau-Ost in Bezug auf eine erfolgreichere und schnellere Integration der Neubürger, selbst auf »eine fühlbare Erleichterung der Wohnraumlage des Landkreises« ⁷¹ erfüllten sich also nicht. Eine Verbesserung der Wohnsituation konnte nur über einen verstärkten sozialen Wohnungsbau gelingen. Ein nennenswerter Fortschritt ist indessen erst nach der Währungsreform zu erkennen, eigentlich erst seit Beginn der 1950er Jahre – wie in den anderen bayerischen Landkreisen auch. Häufig waren es Selbsthilfeorganisationen oder gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaften, die den Bau von Wohnungen voranzutreiben suchten. Wie dringlich Wohnungsbauprogramme waren, zeigen einige Zahlen: Die Wohnraumdichte in Dachau war 1949 höher als in München. Und schon Mitte 1946 war die Wohnraumbelastung so hoch gewesen, dass eine Wohndichte von 3,82 gemessen worden war. In Oberbayern betrug sie im Schnitt gerade einmal 2,07. Die Stadt Dachau versuchte seit 1949 kontinuierlich, Wohnungen zu errichten. Allerdings waren ihre Bemühungen oft nur »ein Tropfen auf den heißen Stein«. Den Anfang auf dem Weg zu einem größeren Bauprojekt machte stattdessen der bereits erwähnte und nach seiner Verurteilung nicht weniger undurchsichtige, hier aber durchaus als erfolgreich zu bezeichnende Egon Herrmann. Er gründete am 14. März 1950 zusammen mit Otto Fritsch und Rudolf Pawlik die »Gemeinnützige Soziale Wohnungsbaugenossenschaft Dachau-Ost«. Ehrenmitglieder waren zumindest anfangs Bundesvertriebenenminister Hans Lukaschek und der Bundesminister für Wohnungsbau Eberhard Wildermuth. Am 4. Juni 1950 wurde der Grundstein in der Sudetenlandstraße gelegt, der erste Bauabschnitt der Siedlung »Friedland« bestand aus 36 Zweifamilienhäusern. Die Grundsteinlegung als solche glich jedoch einer Posse: »Alle Ministerien haben abgesagt. Der Grundstein wurde aus Protest auf einen Misthaufen gelegt und der Bürgermeister von Dachau hat erklärt, daß kein Grund und Boden vorhanden ist. (...) Presse und Rundfunk waren da und haben Herrmann fotografiert. Es wird als Propaganda von Herrmann angesehen.« ⁷² In der Presse fand die Grundsteinlegung ein positives und viel beachtetes Echo. Der erste Bauabschnitt wurde bis 1952 nach vielen Streitigkeiten mit der Stadt und den Ernteaufwühlern befürchtenden Bauern ⁷³ sowie begleitet von den schon bekannten überzogenen Auftritten Herrmanns umgesetzt. Herrmann erfuhr auch Unterstützung durch den populären Flüchtlingsseelsorger P. Leonhard Roth OP. ⁷⁴ Allen Unkenrufen zum Trotz realisierte die von Herrmann ins Leben gerufene Genossenschaft über Kredite und Bürgschaften bis Mitte der 1950er Jahre den Bau von 582 Wohnungseinheiten. 1957 musste die Genossenschaft allerdings ihre Wohnungsbautätigkeit aufgrund der geringen Kapitaldecke einstellen und erst 1962 wurden wieder zukunftsorientierte Ziele ins Auge gefasst. Weniger Erfolg als mit seinem Wohnungsbauprojekt hatte Herrmann mit seiner staatlich geförderten »Bayerischen Möbelhilfe Dachau-Ost«, die von Stadt und Land von Anfang an als ausgemachter

Schwindel eingestuft worden war. ⁷⁵ Der Flüchtlingshilfsverband Bayerische Möbelhilfe Dachau-Ost e. V. musste im September 1951 Konkurs anmelden.

Vor allem die Stadt wehrte sich vehement gegen die »Eiterbeule Dachau-Ost« ⁷⁶ und wollte mit allen Mitteln die Entstehung einer Flüchtlingsstadtrandsiedlung im Osten der Stadt verhindern. Allerdings zeigte sich bald, dass das Siedlungsland große Vorteile barg. Am Ende konnten rund 80 Prozent der Bewohner aus dem Wohnlager Dachau-Ost im neuen Stadtviertel Dachau-Ost eine Wohnung beziehen. 1951/52 entstanden im Auftrag der »Eigenheim Siedlung München G.m.b.H.« an der Schäfflerstraße weitere 54 Wohneinheiten. Auch hier legte die Stadt Dachau zunächst Widerspruch gegen die Bebauung ein, da »sie auf diesem Wege versucht zu verhindern, dass eine grosszügig angelegte Flüchtlingsiedlung entsteht«. ⁷⁷ Auch die Regierung von Oberbayern unterstützte den Plan der Stadt, an der Sudetenlandstraße ein Industriegebiet auszuweisen und die zukünftigen Wohngebiete vorzugsweise in Dachau-Süd zu installieren. Auf diese Weise wollte man der Entwicklung vorbeugen, dass die Bauentwicklung nicht wie normal von innen nach außen, vom Stadtkern zur Peripherie, erfolgte, sondern umgekehrt, dass die Stadtviertel allmählich von außen nach innen zusammenwachsen. Am Ende fand sich die Stadt mit der Bebauung ab, erklärte das Gelände zum Wohngebiet und installierte das geplante Industriegebiet am sog. »Kräutergarten«/»Plantage« gegenüber dem ehemaligen Schutzhaftlager.

Seit Herbst 1950 hatte sich folglich eine rege Bautätigkeit in Stadt und Landkreis Dachau entwickelt. Als Bauträger traten folgende Institutionen auf: Stadt Dachau, Baugenossenschaft Dachau-Ost, Bayerische Heimstätten München und die Papierfabrik. 1951 findet man außerdem die Landeswohnungsfürsorge Bayern und das Evangelische Siedlungswerk als weitere Bauträger, ein Jahr später auch die Eigenheim-Siedlung GmbH, München, die Siedlergemeinschaft eGmbH Dachau sowie der VdK-Kreisverband Dachau. Die im Zuge des Lagerauflösungsprogrammes 1961 gegründete »Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft mbH der Stadt Dachau« errichtete bis 1966 447 soziale Mietwohnungen. In Dachau-Süd entstanden darüber hinaus 668 Wohn- und Gewerbeeinheiten.

Neben den sozialen Wohnungsbaugenossenschaften bauten auch größere Betriebe für ihre Mitarbeiter Wohnungen, nicht zuletzt, um begehrte Facharbeiter zu gewinnen. In Dachau traf dies für die Firma Telefunken zu, die im Herbst 1949 33 Wohnungen fertig stellte. ⁷⁸ Auch das Feinpappenwerk Gebr. Schuster errichtete auf seinem Gelände eigene Werkwohnungen. Aber trotz aller Bemühungen dauerte es gut ein Jahrzehnt, manchmal bis nach 1960, bis Flüchtlinge und Einheimische einen vertretbaren Wohnstandard erreicht hatten. Die seit Mitte der 1950er Jahre einsetzende private Bautätigkeit war daran ebenfalls maßgeblich beteiligt.

Wirtschaftliche Integration

Der Bevölkerungszuwachs machte nicht nur einen forcierten Wohnungsbau, sondern auch eine möglichst rasche wirtschaftliche Eingliederung notwendig, wollte man aus Fürsorgeempfängern voll integrierte Wirtschaftsbürger machen. Diese Feststellung traf der Dachauer Landrat bereits 1946: »Das Flüchtlingsproblem darf nicht nur als Unterkunftsproblem, sondern muss gleichzeitig auch als Arbeitsbeschaffungsproblem aufgefasst und gelöst werden.« ⁷⁹ Diese Aussage fiel zu einem Zeitpunkt, als die große Ausweisungswelle noch bevorstand und die Flüchtlingsverwaltung sich zunächst damit konfrontieren

tiert sah, den zahllosen Heimatlosen ein Dach über dem Kopf zu geben. Bei der wirtschaftlichen Eingliederung stand die Überwindung der strukturellen Schwierigkeiten freilich an erster Stelle. Die mehrheitlich gewerblich-handwerklich orientierten Vertriebenen mussten in einer überwiegend landwirtschaftlich geprägten Gesellschaft Aufnahme finden. Die Eingliederung ins Arbeitsleben schien auch deshalb nur dadurch möglich, dass alle Deutschen nach dem Krieg neu beginnen mussten und die Amerikaner die völlige Gleichberechtigung von Flüchtlingen und Einheimischen verlangten. Die Vertriebenen versuchten zwar, in ihren erlernten Beruf zurückzukehren, in Bayern fehlten aber dafür meist die notwendigen Voraussetzungen. Ähnlich schwierig hatten es die früher Selbstständigen, besonders die Handwerksmeister und kleinen Fabrikanten. So ist es nicht verwunderlich, dass Mitte 1947 über ein Drittel der Vertriebenen mit seiner Arbeitssituation unzufrieden war.⁸⁰ Der bayerische Staat stellte für die Eröffnung selbstständiger Gewerbe Kredite ohne Sicherheiten (Flüchtlingsproduktivkredite) zur Verfügung, die wenigstens in einigen Fällen den Neuanfang ermöglichten. Nach Dachau flossen bis zum 1. Oktober 1950 allein 74 Kredite in Höhe von 2,048 Millionen DM.⁸¹ Genauso wichtig, oft sogar wichtiger, waren Gelder aus dem amerikanischen Marshallplan. Der Umbau des bayerischen Wirtschaftssystems – weg von der Landwirtschaft hin zu Gewerbe und Industrie – wurde zur Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche wirtschaftliche Integration der Vertriebenen. Wirtschaftskraft, technisches und handwerkliches Know-how – das »geistige« Gepäck der Vertriebenen – unterstützten den notwendigen Strukturwandel, der in einer großflächigen Industrialisierung Bayerns mündete.

Der Landkreis Dachau war trotz seiner Nähe zur Großstadt München vor dem Krieg ein überwiegend agrarisch geprägter Bezirk, größere Industriebetriebe bestanden nur in den angrenzenden Kreisen. Seit 1946 entstanden aber auch im Kreis Dachau einige größere Firmen wie Telefunken, die Weberei Bernstein in Großberghofen, die Wirkerei Hüffer in Wagenried oder die Zuckerwarenfabrik Liebl in Einsbach. Telefunken hatte im März 1946 nach einem geeigneten

Werksgelände in der amerikanischen Besatzungszone gesucht und dieses in der Stadt Dachau gefunden. Der Landrat begrüßte die Ansiedlung, »weil gerade Telefunken ein Betrieb sind, die einen grossen Teil ungelerner Arbeiter auch Frauen und Arbeitsbehinderte aufnehmen können, was in Anbetracht des Flüchtlingsstroms natürlich sehr erwünscht wäre.«⁸² Viel nachhaltiger als Großbetriebe war freilich die breite Streuung von Mittel- und Kleinbetrieben; sie stellte einen dauerhaften Faktor für die wirtschaftlichen Veränderungen dar. Die Gründung kleinerer Betriebe gestaltete sich auch noch Jahre nach Kriegsende aufgrund des Rohstoffmangels, aber auch der begrenzten Räumlichkeiten als extrem schwierig. Erst Mitte der 1950er Jahre hatte sich im Dachauer Landkreis die Situation entspannt: 1200 Handwerksbetriebe boten insgesamt 3800 Personen ein Auskommen. Trotzdem sahen gerade die Sudetendeutschen relativ früh ihr Heil in der Gründung von selbstständigen Betrieben, so dass der Dachauer Landrat Ende 1946 über die vielen Gewerbeanmeldungen klagte, die »weit über das örtliche Bedürfnis hinausgehen.«⁸³ Aus diesem Grunde wurden viele Anträge abgelehnt. Dies betraf in erster Linie die Gewerbesparten, die zu ihrer Selbständigmachung keine nennenswerten Betriebsmittel und Räume benötigten, also vor allem Schneider, Schneiderinnen, Schuhmacher, Sattler, Tapezierer, Uhrmacher und Modistinnen.

Währungsreform und Arbeitslosigkeit

Statt für die Integration der Neubürger einen richtungweisenden Beitrag zu leisten, bewirkte die Währungsreform vom Juni 1948 zunächst das genaue Gegenteil. Die nach der Währungsumstellung einsetzende Arbeitslosigkeit und Teuerungswelle traf die Flüchtlinge ungleich härter als die Einheimischen. Ohnehin stigmatisiert und oft ghettoisiert drohte ihnen jetzt das wirtschaftliche und damit schlussendlich auch soziale Aus. 1949 zählte der Kreis 14,1 Prozent Arbeitslose, überdurchschnittlich viele davon waren Flüchtlinge.⁸⁴ Das Arbeitsangebot stufte der Landrat bei »guter Arbeitswilligkeit«⁸⁵ bestenfalls als mäßig ein, vor allem im kaufmännischen Sektor. Jede Ankündigung der größeren Betriebe Telefunken und BMW, Mitarbeiter auszustellen, bedeutete daher eine



Prälat Pflanzelt und der US-Standortkommandeur 1948

Foto: Stadtarchiv Dachau

Katastrophe auf dem Arbeitsmarkt. Telefunken entließ bei ihrem Standortwechsel 1949 300 Mitarbeiter. Die Stadt bemühte sich daraufhin mit allen Kräften um einen Nachfolgebetrieb: Das »Apparatewerk Bayern, Fabrik für Elektrotechnik und Feinmechanik« übernahm einen Teil der ehemaligen Telefunkenmitarbeiter.⁸⁶ Aber auch BMW entließ in regelmäßigen Abständen Personal. Aus dieser Sicht wird verständlich, wie wichtig die Ansiedlung von Industrie und Gewerbe im Wohnlager Dachau-Ost gewesen wäre – und wie nachhaltig sich der Misserfolg auf dem Dachauer Arbeitsmarkt auswirkte.

Landwirtschaft

Auf dem Land fehlten dagegen die Arbeitskräfte, es herrschte geradezu ein Mangel an Knechten und Mägden. Für die Neubürger aber, die im Landkreis Dachau zu 50 Prozent aus den industriellen Gegenden der CSR stammten, war der Bauernhof kein zukunftsträchtiges Arbeitsfeld. Für die in den kleinen Gemeinden einquartierten Vertriebenen kamen indes Arbeitsplätze weitab vom Wohnort nicht in Frage, da sie verkehrstechnisch nicht erreichbar waren. Die Situation änderte sich bis zum Ende der 1940er Jahre nicht. Nach Aussagen von Zeitzeugen war für die auf den Dörfern untergekommenen Flüchtlinge die Mitarbeit in der Landwirtschaft trotzdem nur der erste Schritt zu einer geregelten Beschäftigung. Als sich abzeichnete, dass es keine Rückkehr in die alte Heimat geben würde, versuchte man es mit der Gründung eines kleinen Geschäftes oder suchte nach einer Anstellung in einem Handwerksbetrieb. In den 1950er Jahren, als sich die Verkehrsverhältnisse besserten, nutzten die Neubürger jede sich bietende Möglichkeit, in den Großbetrieben in Karlsfeld und Allach, der Stadt Dachau oder München eine Anstellung zu finden.⁸⁷ Dies wiederum führte zu Unstimmigkeiten mit den Bauern: Ihre Wohnräume waren mit Personen belegt, die nicht auf dem Hof mithalfen, machte aber die Einstellung anderer Hilfsarbeiter aufgrund fehlender Räumlichkeiten unmöglich. Seit Beginn der 1950er Jahre spürte dann auch die Landwirtschaft im Dachauer Land die Veränderungen der »neuen Zeit«. Die Nähe zur Großstadt machte es immer schwieriger, Arbeitskräfte zu finden: *»Vielfach wollen junge Leute nicht mehr mit Pferden umgehen und bevorzugen bei der Einstellung Betriebe, welche Traktoren besitzen. Die schwierigen Arbeiterverhältnisse zwingen die Betriebe zu immer stärkerer Technisierung. Das Landwirtschaftsamt ist bemüht, die Anschaffung von Schleppern für die Betriebe zu verhindern, für die sich wegen der geringen Fläche die Anschaffung einer Zugmaschine offensichtlich nicht rentiert. Die mittleren Betriebe mit acht oder mehr Kühen kaufen immer mehr Melkmaschinen, um von fremden Arbeitskräften unabhängig zu sein.«*⁸⁸

»Wirtschaftswunder«

Mit dem »deutschen Wirtschaftswunder« verbesserte sich die wirtschaftliche Situation im Laufe der 1950er Jahre rasant, so dass die wirtschaftliche Eingliederung als weitgehend erfolgreich gelten konnte. Auch Dachau entwickelte sich zu einem begehrten Standort für Betriebe überwiegend mittelständischer Prägung verschiedener Branchen. Man hielt gar die schnelle Industrialisierung Bayerns nach dem Zweiten Weltkrieg nicht selten allein für das Werk der Vertriebenen, sprach von einer »importierten Industrialisierung«,⁸⁹ was mittlerweile aber relativiert wurde: der Weg zu dieser Entwicklung war bereits gelegt und wäre auch ohne die Vertriebenen geleistet worden, allerdings wohl nicht so schnell und so spezifisch. Die neuere Forschung hat darüber hinaus darauf hingewiesen,

dass die vielen »Verlierer« der »erfolgreichen Eingliederung« kaum berücksichtigt werden; jene, die in fremden Berufen arbeiten mussten und nicht mehr in gleicher Weise aufsteigen konnten, dann Ältere, die für eine Umschulung keine Möglichkeit hatten oder Jüngere ohne Möglichkeiten, weiterführende Schulen zu besuchen, und schließlich diejenigen, die über den Erlebnisschock nicht hinwegkamen.

Kulturelle und soziale Eingliederung

Deshalb war es mindestens genauso wichtig – nach Unterkunft und Beschäftigung – die Neubürger auch kulturell und gesellschaftlich einzugliedern, sollte ihre Integration langfristig gesichert einen positiven Wandlungsprozess hervorrufen. Dazu gehören zu allererst die gegenseitigen Wahrnehmungen, die oft bis heute in negativer Erinnerung sind. Die Einheimischen sahen in den Vertriebenen nicht selten bettelhafte Fremde, die sie einengten und verdrängten und dabei von der Regierung bevorzugt wurden. Die Vertriebenen ihrerseits waren über die Hartherzigkeit der Einheimischen erschüttert. Gleichzeitig fühlten sie sich ihnen aber nicht zuletzt aufgrund ihres besseren Schulsystems überlegen. Die Zahl der Spitz- und Spottnamen für Vertriebene und auch ihre Neusiedlungen haben sich bis heute tradiert: Sie reichen von »Ziegenhausen« über »Mittelweiberdorf« bis zu »Großmäulerte«.⁹⁰ Man muss freilich stets bedenken, dass vor allem die negativen, weniger die positiven Erlebnisse haften bleiben, obwohl es deren ebenso viele gab. 32 Prozent der Befragten in einer exemplarischen Umfrage gaben über die Aufnahme der Vertriebenen überwiegend positive Erfahrungen an.⁹¹ Zunächst hatten sich die Behörden dringlicheren Problemen zugewandt als der Pflege der heimatlich-kulturellen Wurzeln der Neubürger. Deshalb beschränkten sich Veranstaltungen bis zum Ende der vierziger Jahre auf Weihnachtsfeiern und wohl tätige Veranstaltungen; das Brauchtum der »alten Heimat« pflegten die Ausgewiesenen anfangs nur im privaten Rahmen. Erst als die größten Probleme gelöst schienen, wandten sich die Flüchtlinge der Bewahrung ihrer Kultur und ihres Brauchtums zu. Im Kreis Dachau war einer der ersten Verbände, der öffentlich in Erscheinung trat, der Adalbert-Stifter-Verein. Er begann seine Arbeit im Mai 1949 mit Vorträgen und kulturellen Veranstaltungen.⁹² Für Dachau besonders bedeutsam war das erst allmähliche Zusammenwachsen der Altgemeinde mit den Ortsrandsiedlungen. Dachau-Ost, gegen dessen Entstehen sich die Stadt lange gewehrt hatte, kann als ein exemplarisches Stadtviertel angesehen werden. Heute ist der Stadtteil als ehemalige Flüchtlingssiedlung vor allem an den Straßennamen erkennbar, in der Forschung wird er aber weit weniger intensiv hervorgehoben als beispielsweise St. Afra bei Mering, Bubenreuth oder Moosburg. Anfangs bestanden wohl zwischen diesem Stadtviertel und der Altstadt genauso wenig Verbindungen wie mit dem einstigen Wohnlager. Genauere Untersuchungen wären hier anzuraten. Kontakte ergaben sich nach und nach aber dennoch: beim Schulbesuch der Kinder, in der gemeinsamen Arbeitswelt, bei Vereinen und bei den Hochzeiten, wo junge Flüchtlinge bald einheimische Mädchen fanden, bis hin zu Ausgleichsformen im gesprochenen Dialekt.

Landsmannschaften

Die Vertriebenen ihrerseits organisierten sich nach der Aufhebung des Vereinsverbotes durch die Alliierten in Landsmannschaften, deren Einfluss auf das kulturelle Leben zu Beginn der 1950er Jahre nicht mehr wegzudenken ist. Im Januar 1950 versammelte sich in Dachau zum ersten Mal die Sudeten-

deutsche Landsmannschaft, ihr folgte im Mai des gleichen Jahres die Schlesische Landsmannschaft. Drei Jahre später bestanden im Kreis Dachau acht Landsmannschaften: die der Sudetendeutschen, der Schlesier, der Südostdeutschen, der Pommern, der Siebenbürger, der Danziger, der Buchenländer und der Ostpreußen.⁹³ Ihre Veranstaltungen zählten bald zu festen Größen im kulturellen und gesellschaftlichen Leben. Bald war nicht mehr erkenntlich, aus welchem Kulturkreis welche Festivität stammte. Einen wichtigen Beitrag im gesellschaftlich-kulturellen Bereich leisteten die Vertriebenen darüber hinaus durch ihre aktive Unterstützung schon bestehender örtlicher Vereine oder deren Neugründung, so dass sich das Angebot vor Ort weitaus vielseitiger darstellte als vor dem Krieg.

Fazit

In Bayern erfolgte trotzdem keine vollständige kulturelle Vermischung. Von einer »Bavarisierung« der Flüchtlinge kann also kaum die Rede sein.⁹⁴ Dies vor allem dann nicht, wenn in der Familie sowohl Brauchtum als auch Sprache gepflegt wurden. So heiratet auch heute noch ein beachtlicher Teil im Vertriebenenmilieu, die Organisationen der Vertriebenen und ihre gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Einrichtungen sind von nicht geringem Einfluss. Es ist also nicht einfach eine Assimilation der Vertriebenen in die vorhandene Gesellschaft erfolgt, sondern vielmehr eine spezifische Integration. Aber nicht nur die Neubürger veränderten sich, auch Bayern als Aufnahmeland wurde einer grundlegenden Wandlung unterzogen. Zu nennen wären die Veränderungen im Zusammenhang mit der Binnenwanderung in die Städte. Bedeutend war der Aufbruch der in vielen ländlichen Teilen Bayerns immer noch relativ geschlossenen bäuerlich-provinziellen Gesellschaft durch neue, aus einem ganz anderen sozialen Milieu stammenden Kräfte. Trotzdem ist es falsch, den Vertriebenen allein die Auflösung der ländlichen Gesellschaft zuzuschreiben; der eher geringe Anteil bäuerlicher Vertriebenen unterstrich lediglich den allgemeinen Rückgang der Agrarwirtschaft.⁹⁵ Vertriebene vor allem aus dem Sudetenland, Schlesien und Ostpreußen bereicherten und bereichern die bayerische Landschaft. Auf diese Weise erhielt Deutschland nach dem schweren Verlust infolge der erzwungenen Emigration so vieler Intellektueller 1933 durch die Aufnahme und Integration der Vertriebenen nach dem Zweiten Weltkrieg einen großen Gewinn.

Anmerkungen:

¹ Siehe dazu u. a. Kleinschmidt, Harald: Menschen in Bewegung. Inhalte und Ziele historischer Migrationsforschung. Göttingen 2002; Mehrländer, Ursula / Schultze, Günther (Hrsg.): Einwanderungsland Deutschland. Neue Wege nachhaltiger Integration. Bonn 2001; Motte, Jan / Ohlinger, Rainer / Oswald, Anne von (Hrsg.): 50 Jahre Bundesrepublik – 50 Jahre Einwanderung. Nachkriegsgeschichte als Migrationsgeschichte. Frankfurt a. Main / New York 1999. – Die beste Zusammenfassung für die Integration der Vertriebenen in Bayern bietet: Ziegler, Walter: Die Integration der Flüchtlinge in Bayern. In: Hlawitschka, Eduard (Red.): Forschungsbeiträge der geisteswissenschaftlichen Klasse (Schriften der sudetendeutschen Akademie der Wissenschaften und Künste 23). München 2002, S. 267–298.

² Deshalb werden im Folgenden beide Begriffe synonym gebraucht: Genauerer siehe Fox, Angelika: Flüchtlinge und Vertriebene im Landkreis Fürstentfeldbruck. Aspekte ihrer Eingliederung seit 1945. Fürstentfeldbruck 1998, S. 11–12. – Zur rechtlichen Stellung der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge siehe: Kimminich, Otto: Der völkerrechtliche Hintergrund der Aufnahme und Integration der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge in Bayern. München 1993.

³ Hammermann, Gabriele: Kriegsende 1945 in Dachau. In: Rusinek, Bernd-A. (Hrsg.): Kriegsende 1945. Verbrechen, Katastrophen, Befreiungen in nationaler und internationaler Perspektive. Dachau 2004, S. 27–53; Schwalber, Josef: Dachau in der Stunde Null. In: Anperland 4 (1968) 83–87. – Siehe auch alle Beiträge in: Dachauer Hefte 1. Die Befreiung (1985); Richardi, Hans-Günter: Dachau im 20. Jahrhundert.: Vom Markt zur Großen Kreisstadt. In: Hanke,

Gerhard / Liebhart, Wilhelm / Götter, Norbert / Richardi, Hans-Günter: Geschichte des Marktes und der Stadt Dachau. Dachau 2000, S. 190–217.

⁴ BayHStAM, OMGB 10/77-2/2 (Jahresbericht 1945/46).

⁵ Im Brennpunkt des Interesses standen die Aufgaben im Zusammenhang mit dem KZ, vor allem für die amerikanische Besatzungsmacht: BayHStAM, OMGB 10/77-2/2 (Jahresbericht 1945/46). Die wenigen Forschungen beschränken sich auf einige Veröffentlichungen von Hans-Günter Richardi.

⁶ Gelberg, Karl-Ulrich: Vom Kriegsende bis zum Ausgang der Ära Goppel. In: Spindler, Handbuch der Bayerischen Geschichte. Vierter Band. Erster Teilband. Neu hrsg. von Alois Schmid. München 2003, S. 635–956, hier S. 646 Anm. 70. – Zur weiteren Entwicklung: Bayerisches Statistisches Landesamt (Hrsg.), – Volks- und Berufszählung am 13. September 1950 in Bayern (Beiträge zur Statistik Bayerns 171), München 1952, 148–149.

⁷ Schwalber (wie Anm. 3), S. 85.

⁸ BayHStAM, OMGB 10/77-2/2 (War diary, 22. 8. 1945).

⁹ StAM, LRA 222.215 (Monatsbericht des Landrates, Februar 1946).

¹⁰ StAM, LRA 222.215 (Monatsbericht des Landrates, Januar 1946).

¹¹ Stadtarchiv Dachau, Sitzungsprotokolle des Stadtrates Dachau 1944–1946 (Sitzung vom 10. 8. 1945).

¹² Amtsblatt für die Stadt und den Landkreis Dachau 1/9 (1. 9. 1945).

¹³ Glettler, Monika: Landtagsreden zur bayerischen Vertriebenenpolitik 1946–1950. München 1995, S. 189 (Rede vom 8. 3. 1950); Bauer, Franz J.: Flüchtlings- und Flüchtlingspolitik in Bayern 1945–1950. Stuttgart 1982, S. 74–75.

¹⁴ Grundlegend für die Flüchtlingsverwaltung ist: Bauer (wie Anm. 13), hier: S. 30.

¹⁵ Siehe dazu die einschlägigen Gesetze: Gesetz Nr. 5 über die Befugnisse des Staatskommissars für das Flüchtlingswesen, der Regierungsfüchtlingskommissare und der Flüchtlingskommissare bei den Landräten und Oberbürgermeistern (Flüchtlingsnotgesetz) vom 14. 12. 1945, in: Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt (GVBl) 1 (1946), S. 4; Gesetz Nr. 59 vom 19. 2. 1947 über die Aufnahme und Eingliederung deutscher Flüchtlinge (Flüchtlingsgesetz), in: BGVB 5 (1947), 51–54. Dazu auch die Ausführungsbestimmungen zum Flüchtlingsgesetz vom 8. 7. 1947, in: BGVB 12 (1947). – Haertle, Karl-Maria: Ein Überblick über die Entwicklung der Flüchtlingsverwaltung. In: Prinz, Friedrich (Hrsg.): Integration und Neubeginn. Dokumentation über die Leistung des Freistaates Bayern und des Bundes zur Eingliederung der Wirtschaftsbetriebe der Vertriebenen und Flüchtlinge und deren Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes. 1. Band. München 1984.

¹⁶ StAM, LRA 222.215 (Monatsbericht an den Regierungspräsidenten in München, Februar 1946).

¹⁷ Fox (wie Anm. 2), S. 19.

¹⁸ Amtsblatt für die Stadt und den Landkreis Dachau 1/24 (15. 12. 1945), S. 2. Der Wohnungs- und Flüchtlingskommissar zog im August 1946 in Räumlichkeiten in der Burgfriedestraße 2 um.

¹⁹ Amtsblatt für die Stadt und den Landkreis Dachau 2/22 (29. 5. 1946), S. 2; Stadtarchiv Dachau, EAPI 322-1 (Ortschronik 1951).

²⁰ Stadtarchiv Dachau, Sitzungsprotokolle des Stadtrates Dachau 1944–1946 (Sitzung vom 8. 2. 1946).

²¹ StAM, LRA 222.215 (Monatsbericht des Landrates, Januar 1946).

²² StAM, LRA 222.215 (Monatsbericht des Landrates, Februar 1946).

²³ BayHStAM, MArb. LaFlüVerw. 536 (Flüchtlingszählung, 1. 4. 1946).

²⁴ 1939 waren es bereits 17 684 Einwohner gewesen.

²⁵ Flüchtlinge und Vertriebene wurden allein 13 815 gezählt. Ähnliche Zahlen werden auch für Ende 1945 angegeben: BayHStAM, OMGUS Reports 168 (war diary 17. 12. 1945). Siehe dazu das Zahlenmaterial zu den Volkszählungen 1946 und 1950, in: Beiträge zur Statistik Bayerns, 141, 170, 171.

²⁶ Statistischer Informationsdienst Nr. 69 (31. 10. 1948).

²⁷ BayHStAM, MArb. LaFlüVerw. 542 (Übersichtskarte von Bayern: Regierungslager und Kreislager für Durchschleusung der ausgewiesenen Flüchtlinge, 30. 1. 1946).

²⁸ BayHStAM, OMGB 10/77-2/2 (Monatsbericht des Landrates, Dezember 1946 bzw. Vierteljahresbericht, 1. 10.–31. 12. 1946).

²⁹ Statistischer Informationsdienst Nr. 89 (1. 4. 1949); Stadtarchiv Dachau, Aufstellung von 1950 aus: Sd. Slg. Städtische Nodager 1955; Stadtarchiv Dachau, EAPI 322-1 (Dachauer Chronik, Jg. 1951, S. 30).

³⁰ Dachauer Nachrichten 293 (22. 11. 1950): Im Durchgangslager herrscht Ruhe. – Darüber hinaus auch BayHStAM, MArb. LaFlüVerw. 940.

³¹ BayHStAM, MArb. LaFlüVerw. 645 (Schreiben des Präsidenten des Landesarbeitsamtes Südbayern, 11. 10. 1948); Stadtarchiv Dachau, EAPI 322-1 (Ortschronik, 19. 4. 1949). Eiber, Ludwig: KZ-Außenlager in München. In: Dachauer Hefte 12 (1996) 58–80.

³² StAM, LRA 222.215 (Monatsbericht des Landrates, Mai 1946).

³³ BayHStAM, MArb. LaFlüVerw. 530 (Statistischer Informationsdienst 12, 7. 5. 1946).

³⁴ StAM, LRA 222.215 (Monatsbericht des Landrates, Mai 1946); BayHStAM, OMGB 10/77-2/2 (Vierteljahresbericht, 1. 10.–31. 12. 1946); Stadtarchiv Dachau, EAPI 022-1 (Bgm. Dachau an den Landrat, 6. 11. 1947).

³⁵ StAM, BezA/LRA 221.218 (Monatsbericht des Landrates, Dezember 1947).

³⁶ BayHStAM, MArb. LaFlüVerw. 645 (Bericht über die Prüfung des Regierungsdurchgangslagers Dachau, 10. 7. 1947) und 872.

³⁷ Pscheidt, Edgar: Die Flüchtlingslager. In: Prinz (wie Anm. 15), S. 197–270, bes. 264–270.

³⁸ Auch »Hermann« geschrieben: Wer Herrmann tatsächlich war, wusste niemand so recht, nicht einmal die Dachauer Lagerleitung, wo er seit Juni 1948 als Vertriebener aus der Tschechoslowakei geführt wurde: BayHStAM, La

- FlüVerw. 642 und BayHStAM, OMGB 15/102-2/7 (Meetings in Refugee Dachau, Incident in the Camp, Oktober 1948). Zu einigen biografischen Splittern siehe auch: *Wolff, Klaus D./Zeitler, Peter*: Die bayerische Flüchtlingsverwaltung 1945–1969. Strukturen – Arbeitsweise – Wirksamkeit. Unveröffentlichtes Manuskript. Bayreuth 1998, S. 66–71.
- ³⁹ StAM, BezA/LRA 221.220 (Monatsbericht des Landrates, September 1948).
- ⁴⁰ BayHStAM, MArb. LaFlüVerw. 645 (Bericht über das Regierungsdurchgangslager, 28. 8. 1948 sowie Aktenvermerk des Reg.-Kom. von Obb., 28. 8. 1948).
- ⁴¹ BayHStAM, MArb. LaFlüVerw. 645 (Telegramm, 6. 9. 1948).
- ⁴² BayHStAM, MArb. LaFlüVerw. 645 (Interner Aktenvermerk, 29. 11. 1948).
- ⁴³ BayHStAM, MArb. LaFlüVerw. 682. Siehe zu Herrmanns weiteren Aktivitäten: BayHStAM, MArb. LaFlüVerw. 700.
- ⁴⁴ Dachauer Nachrichten 103 (15. 11. 1948).
- ⁴⁵ StAM, BezA/LRA 221.221 (Monatsbericht des Landrates, Februar 1949); Dachauer Nachrichten 35 (23. 3. 1949); StAM, Bez/LRA 128.370 (Stadtpolizei Dachau an das Landratsamt, 5. 4. 1949). – Siehe auch: BayHStAM, MArb. LaFlüVerw. 788.
- ⁴⁶ BayHStAM, MArb. LaFlüVerw. 940.
- ⁴⁷ BayHStAM, MArb. LaFlüVerw. 972 (Vormerkung für den Herrn Staatssekretär, 28. 2. 1951). – Zu diesem Lager vgl. jetzt: 30. April 1945 – Ende und Anfang. Vom KZ-Außenlager Allach zur Siedlung München-Ludwigsfeld. München 2005.
- ⁴⁸ StAM, BezA/LRA 221.225 (Monatsbericht des Landrates, Januar 1951).
- ⁴⁹ StAM, BezA/LRA 221.229 (2. Vierteljahresbericht des Landrates, 1954).
- ⁵⁰ Stadtarchiv Dachau, NL Hanke 99: Facharbeit: *Beilner, Thomas*: Die Ansiedlung von Heimatvertriebenen im Landkreis Dachau. Facharbeit am Josef-Effner-Gymnasium. Abiturjahrgang 1989, S. 8.
- ⁵¹ Dachauer Nachrichten 10 (24. 1. 1949); EAPI 022-1 (Auszug aus dem Sitzungsprotokoll des Stadtrates Dachau, 8. 10. 1957).
- ⁵² StAM, BezA/LRA 221.220 (Monatsbericht des Landrates, November 1948). *Hammermann, Gabriele*: Das Internierungslager Dachau 1945–1948. In: Dachauer Hefte 19 (2003) 48–70.
- ⁵³ Dachauer Nachrichten 119 (22. 11. 1948). Siehe auch: *Richardi, Hans-Günter*: »Dieser Ort soll eine bleibende Zufluchtsstätte zur Gnade werden«. Die Gründungsgeschichte der Dachauer Gnadenkirche im Wohnlager Dachau-Ost. In: *Amperland* 41 (2005) 1–5.
- ⁵⁴ *Philipp, Eleonore*: Die »Blechbüchsenorgel« in der Dachauer Lagerkirche »Heilig Kreuz«. In: *Amperland* 39 (2003) 187–191, hier S. 190.
- ⁵⁵ Dachauer Nachrichten 118 (20. 12. 1948).
- ⁵⁶ Süddeutsches Sonntagsblatt Nr. 5 (1949), S. 11–12. Einen ähnlichen Artikel liest man auch in der *Quick* 18 (30. 4. 1950).
- ⁵⁷ BayHStAM, MArb. LaFlüVerw. 645 (Schreiben des Lagerpfarrers P. Neubauer, 29. 9. 1948).
- ⁵⁸ StAM, BezA/LRA 221.221 (Monatsbericht des Landrates, Januar 1949).
- ⁵⁹ Dachauer Neueste Nachrichten 49 (28. 2. 1989).
- ⁶⁰ BayHStAM, MArb. LaFlüVerw. 832 (Reg. von Obb. an das Innenministerium, 10. 1. 1950).
- ⁶¹ BayHStAM, MArb. LaFlüVerw. 1601 (Landrat an Reg. von Obb., 16. 5. 1951).
- ⁶² Stadtarchiv Dachau EAPI 322-1 (Ortschronik, 30. 3. 1949).
- ⁶³ BayHStAM, MArb. LaFlüVerw. 832 (Reg. von Obb. an das Innenministerium, 23. 11. 1949 bzw. 10. 1. 1950).
- ⁶⁴ Stadtarchiv Dachau, Sitzungsprotokolle des Stadtrates Dachau 1947–1951 (Sitzung vom 8. 4. 1949); Schriftverkehr in: BayHStAM, MArb. LaFlüVerw. 645. Bereits seit Herbst 1948 waren dahingehend Bestrebungen im Gange gewesen.
- ⁶⁵ BayHStAM, MArb. LaFlüVerw. 832 (Reg. von Obb. an Flüchtlingsamt, 7. 6. 1951); StAM, BezA/LRA 221.229 (3. Vierteljahresbericht des Landrates 1954).
- ⁶⁶ Stadtarchiv Dachau, Sitzungsprotokolle des Stadtrates Dachau 1954–1956.
- ⁶⁷ Stadtarchiv Dachau EAPI 325-1 (Dachauer Anzeiger 91, 13. 6. 1957).
- ⁶⁸ *Comité Internationale de Dachau (Hrsg.)*: Konzentrationslager Dachau 1933 bis 1945. Dachau 2005, S. 212.
- ⁶⁹ *Kreppel, Werner*: Chronik: 40 Jahre Stadtbau GmbH Dachau. Dachau 2002, S. 12.
- ⁷⁰ Dachauer Nachrichten 110 (8./9. 5. 1965); *Marcuse, Harold*: Das ehemalige Konzentrationslager Dachau. Der mühevoll Weg zur Gedenkstätte 1945–1968. In: Dachauer Hefte 6 (1994) 182–205.
- ⁷¹ StAM, BezA/LRA 221.221 (Monatsbericht des Landrates, März 1949).
- ⁷² BayHStAM, MArb. LaFlüVerw. 645 (Notiz zur Grundsteinlegung in Dachau, 5. 6. 1950).
- ⁷³ 50 Jahre Soziale Baugenossenschaft Dachau-Ost eG. o. O., o. J.
- ⁷⁴ *Göttler, Norbert*: Die Akte Pater Leonhard Roth (Dachauer Dokumente 6). Dachau 2004, S. 61.
- ⁷⁵ BayHStAM, MArb. LaFlüVerw. 832 (Mitgliederversammlung der Flüchtlinge des Flüchtlingslagers Dachau-Ost, 7. 10. 1950); Dachauer Nachrichten 278 (4./5. 11. 1950); StAM, BezA/LRA 221.224 (Monatsberichte des Landrates für die ersten Monate 1950); Stadtarchiv Dachau, EAPI 322-1 (Ortschronik 1950).
- ⁷⁶ BayHStAM, MArb. LaFlüVerw. 832 (Niederschrift der Besprechung über den »Plan Dachau«, 27. 6. 1950).
- ⁷⁷ BayHStAM, MArb. LaFlüVerw. 1601 (Schreiben der Eigenheimsiedlung GmbH, 25. 9. 1951, genauso Schreiben vom 20. 11. 1951).
- ⁷⁸ StAM, BezA/LRA 221.221 (Monatsbericht des Landrates, Oktober 1949).
- ⁷⁹ StAM, BezA/LRA 222.215 (Monatsbericht des Landrates, Februar 1946).
- ⁸⁰ *Kornumpf, Martin*: Bayern-Atlas. Landschaft – Anbau – Wirtschaft – Bevölkerungsbewegung. Leipzig-München 1949, S. 62. Siehe auch grundlegend: *Ders.*: In Bayern angekommen. Die Eingliederung der Vertriebenen. Zahlen – Daten – Namen. München-Wien 1979.
- ⁸¹ Statistischer Informationsdienst Nr. 132 (10. 10. 1950).
- ⁸² StAM, BezA/LRA 222.215 (Monatsbericht des Landrates, März 1946).
- ⁸³ StAM, BezA/LRA 222.215 (Monatsbericht des Landrates, Dezember 1946). Genauso: StAM, BezA/LRA 222.215 (Monatsbericht des Landrates, November 1948).
- ⁸⁴ Stadtarchiv Dachau, EAPI 322-1 (Ortschronik, 31. 12. 1949).
- ⁸⁵ StAM, BezA/LRA 222.220 (Monatsbericht des Landrates, Oktober 1948).
- ⁸⁶ StAM, BezA/LRA 222.225 (Monatsbericht des Landrates, Juni 1951).
- ⁸⁷ StAM, BezA/LRA 222.220 (Monatsbericht des Landrates, Dezember 1948); Stadtarchiv Dachau, NL Hanke 99: Facharbeit: *Beilner, S.* 21.
- ⁸⁸ StAM, BezA/LRA 222.225 (Monatsbericht des Landrates, Mai 1951).
- ⁸⁹ Beispielsweise *Schreyer, Klaus*: Bayern, ein Industriestaat. Die importierte Industrialisierung. Das wirtschaftliche Wachstum nach 1945 als Ordnungs- und Strukturproblem. München 1969.
- ⁹⁰ *Karasek-Langer, Alfred*: Neuansiedlung in Bayern nach 1945. In: *Jahrbuch für Volkskunde der Heimatvertriebenen* 2 (1956) 42–43.
- ⁹¹ *Engelhardt, Michael von*: Lebensgeschichte und Gesellschaftsgeschichte. Biographieverläufe von Heimatvertriebenen des Zweiten Weltkriegs. München 2001, S. 111.
- ⁹² Dachauer Nachrichten 62 (27. 5. 1949).
- ⁹³ Dachauer Nachrichten 70 (23. 3. 1953).
- ⁹⁴ *Pscheidt, Edgar*: Als Flüchtling in Bayern. Zwischen Integration, Auswanderung und Rückkehr. In: *Zeitschrift für Bayerische Landesgeschichte* 53 (1990) 130.
- ⁹⁵ *Erker, Paul*: Vom Heimatvertriebenen zum Neubürger. Sozialgeschichte der Flüchtlinge in einer agrarischen Region Mittelfrankens 1945–1955. Stuttgart 1988.

Anschrift der Verfasserin:

Dr. Angelika Fox M. A., Paosostraße 9, 81243 München

Dachau 2005 – Wirtschafts- und Lebensraum im Einflussbereich einer Großstadt

Von Prof. Dr. Günter Heinritz

Am 1. Februar 1973 wurde Dachau durch Rechtsverordnung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern der Status einer »Großen Kreisstadt« verliehen, ein Titel, der zunächst als Trostpflaster für jene 23 bis dahin kreisfreien bayerischen Städte geschaffen worden war, die im Rahmen der Gebietsreform einem Landkreis eingegliedert wurden und so ihre Kreisfreiheit verloren hatten. Dachau hatte bekanntlich nicht zu ihnen gehört, sondern war die erste Stadt, die Große Kreisstadt wurde, weil sie die gesetzlichen Vorgaben zu erfül-

len vermocht hat, nämlich 30 000 Einwohner und eine ausreichende Leistungs- und Verwaltungskraft aufwies.

Eine »bange oder hoffnungsvolle Frage«

Aus Anlass der Erhebung zur Großen Kreisstadt hatte die nicht mehr bestehende Zeitschrift »Bayerland« ein Dachau gewidmetes Heft publiziert. In ihm warf der damalige Oberbürgermeister Dr. Lorenz Reitmeier am Ende eines Artikels, der ein Bild von Dachau zeichnete, auch einen Blick in die